

graphie-
wird erteilt.
unter Sch. 11
Stelle d. Bl.

das
nueh
Zeinach
er

50
Koffen.

Kober
bad.

Einwohner-
w zur Nach-
den von mit
men

andel
s. Mits.
nfnehme
Mlich ohne
Haus.
ungen
me entgegen.
Nege
urg.

ll
ch in
Qualität

pp
ffrn
S
FELT

nnig
sehene
Dampf-
i und
andlang
pligen
igen Kund-
geführten
treiter

arzwald
g. 2. Nr. 11
Stelle d. Bl.

tschau!
Strang =
fg., Loden,
und Dedien
preiswert
Tirichen-
Bagern.

rauchten
fa
i, verkauft
Biergasse.

ille.
von Eincl-
von Rheina
er Br-Wall-
gehoben, ist
empfehlen.
1928.
lebsche) B.
- u. 4. - M.
pirsbach W.
n. z. Calw,
Liebenzell.

in Calw
Rüche von
tig. Familie
äter zu mie-
ebote an die
Bl. u. B 10

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plagvorfchriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerechtsstand für beide Teile
ist Calw.



Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelchläger'schen
Buchdruckerei.

Versuch eines Kabinetts der Mitte.

Reichskanzler Marx beauftragt.

U. Berlin, 17. Jan. (Amtlich.) Der Reichspräsident empfing am Samstag den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx und erteilte ihm den Auftrag, auf Grund des Beschlusses der Reichstagsfraktion des Zentrums durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstags die parlamentarische Lage und die Möglichkeiten einer Regierungsbildung weiter zu klären. Dr. Marx behielt sich seine Entscheidung vor.

Reichskanzler Dr. Marx hat dem Reichspräsidenten am Samstag abend mitgeteilt, daß er den Auftrag auf Grund des Zentrumsbeschlusses vom Freitag, durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die politische Lage und die Möglichkeiten der Regierungsbildung weiter zu klären, annimmt. Reichskanzler Dr. Marx wird demgemäß heute mit den Parteiführern wegen der Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Mitte verhandeln.

Angeichts der Beauftragung des Zentrumsführers Dr. Marx mit der Weiterführung der Regierungsverhandlungen ist man in parlamentarischen Kreisen der Ansicht, das nunmehr gemäß der von den verschiedenen Seiten gegebenen Anregungen ernsthaft der Versuch gemacht werden soll, ein Kabinett der Mitte zu bilden unter möglicher Einbeziehung der Wirtschaftspartei ohne jede Bindung nach links oder rechts. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß die Persönlichkeit des bisherigen Reichskanzlers Dr. Marx die Gewähr dafür bieten würde, für das Arbeitsprogramm eines solchen Kabinetts die notwendige parlamentarische Unterstützung im Reichstag zu gewinnen. Man rechnet weiter damit, daß die Deutschnationalen Volkspartei einem Kabinett der Mitte gegenüber keine Neutralität beachten, sondern das bei der letzten Abstimmung über das Nichttrauen gegen das Kabinett Marx befolgte Verfahren einschlagen würde. Würde eine Abstimmung dem neuen Kabinett die notwendige Mehrheit nicht sichern, glaubt man in parlamentarischen Kreisen nicht an eine Reichstagsauflösung, sondern rechnet damit, daß dem Zentrum erneut die Aufgabe gestellt werden würde, auf Grund der in der Richtung von Dr. Curtius gepflogenen Verhandlungen die Bildung einer Mehrheitsregierung mit Anlehnung nach rechts zu übernehmen.

Die erste Fühlungnahme.

U. Berlin, 17. Jan. Dr. Marx hat am Sonntag mittag mit den Zentrumsabgeordneten von Guérard, Dr. Wirth, Hebold, Frau Leusch und dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

im Reichstage eine Besprechung, die nur von kurzer Dauer war. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Dr. Marx sich heute zunächst mit den Führern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei besprechen, um festzustellen, ob ein Kabinett der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten durchzuführen ist. Der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei tritt heute mittag zu einer Sitzung zusammen, während die Fraktion sich erst am Mittwoch versammeln wird. Mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten will Dr. Marx erst verhandeln, nachdem er die Ansichten der Deutschen Volkspartei kennen gelernt hat.

Die „Germania“ meint, die Versuche des Herrn Dr. Marx müßten zunächst darauf gerichtet sein, die Zusammenarbeit der Koalition der Mitte von neuem zu sichern und so dann für diese Koalition den nötigen parlamentarischen Rückhalt durch Gewinnung einer Flügelpartei zu finden. Die Hauptschwierigkeit, die Herr Marx dabei zu überwinden habe, liege in dem gespannten Verhältnis zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten. Man müsse aber hoffen, daß bei diesen beiden Parteien hinreichend Vernunft obwalte, um endlich dem deutschen Volk wieder zu einer Regierung zu verhelfen.

Unerhörte französische Einmischung in die deutsche Regierungskrise.

Paris, 17. Jan. Die französische Presse wagt es in immer größerem Umfange, sich in innerpolitische Verhältnisse Deutschlands einzumischen, und beinahe bekommt man den Eindruck, als ob sie es wäre, die in Deutschland die Reichsregierung ernennen. Gegen die Möglichkeit eines Kabinetts Curtius wurde von allen Pariser Zeitungen, welcher politischen Richtung sie auch angehören mögen, förmlich Sturm gelaufen, und die Tatsache, daß Dr. Curtius keine Regierung bilden konnte, wird in Paris mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßt, als ob es sich um eine innerpolitische Angelegenheit Frankreichs handle. Daß die Deutschnationalen einer Reichsregierung angehören könnten, erscheint dem „Temps“ vollkommen ausgeschlossen. Das Blatt erklärt, daß selbst das Verbleiben Stresemanns in der Wilhelmstraße nicht genügen könnte, um die Anhänger des Friedens zu beruhigen, wenn Deutschnationalen in eine Regierung eintreten würden. Denn eine Reichsregierung, die nach rechts gerichtet wäre, könnte die Politik von Locarno und Genf nicht fortsetzen.

Die Restpunkteverhandlungen.

Prüfung der deutschen Vorschläge.

U. Paris, 17. Jan. Die Verhandlungen über die noch schwebenden Restpunkte der deutschen Entwaffnung nahmen am Samstag ihren Fortgang. Es fanden allerdings keine offiziellen Verhandlungen statt, sondern die Besprechungen trugen mehr individuellen Charakter. Man hält es in unterrichteten französischen Kreisen für wahrscheinlich, daß das Versailler Militärkomitee heute wieder zusammentreten wird, um von neuem die deutschen Delegierten anzuhören.

Anlehnung der deutschen Vorschläge?

U. Paris, 17. Jan. Die Pariser Abendpresse läßt durchblicken, daß die deutschen Vorschläge nicht in allen Punkten als befriedigend erachtet werden. Man hält es aber für wenig wahrscheinlich, daß die Vorschläge insgesamt zurückgewiesen werden, da man bis zum 31. Januar noch entsprechende Abänderungsformeln finden könne. Bertinaz, das Sprachrohr Poincarés und der französischen Militärführer, erklärte im „Echo de Paris“, daß Maréchal Jogh und seine Mitarbeiter trotz verschiedener Beschuldigungen — ein Seitenhieb auf Briand — die deutschen Vorschläge für ungenügend hielten, aber keine Gegenprojekte vorlegen würden. Es sei Aufgabe der deutschen Unterhändler, wenn es ihnen gut dünke, neue Vorschläge zu machen. Besonders bedrohlichen Charakter, so schreibt Bertinaz, hätten die 85 betonierten Unterstände an der deutsch-polnischen Grenze. Die von General von Pameel am Freitag gegebene Auslegung des Art. 180 sei unannehmbar, da sie Deutschland gestatten würde, eine Revanche im Osten vorzubereiten.

Vorzuhaltende Einigung in den Berliner Verhandlungen?

U. Paris, 17. Jan. Wie das „Journal“ sich aus Berlin melden läßt, erklärt man in den der interalliierten Kontrollkommission nahestehenden Kreisen, daß von Ueberraschungen abgesehen, in der Frage des Kriegsmaterials zweifellos noch vor dem 31. Januar eine Verständigung erzielt werde. In der Frage der Disbefeistigungen sei eine Lösung dahingehend vorgezogen, daß die befestigten Plätze Königsberg und Küstrin in Uebereinstimmung mit dem Versailler Militärkomitee territorial abgegrenzt und wahrscheinlich in ihrem gegenwärtigen Zustande er-

halten bleiben würden. Die Befestigungsanlage von Glogau dürfte nicht über die zwei äußeren Fortsgürtel hinausgehen, dagegen sollen ergänzende Anlagen in und um Glogau zerstört werden. Außerdem gehe ein alliierter Vorschlag dahin, daß Deutschland in Zukunft keine Befestigungsarbeiten ohne vorhergehende Zustimmung des Völkerbundes vornehmen könne.

Die Räumungsfrage.

Das Für und Wider der Pariser Presse.

U. Paris, 17. Jan. Die Diskussion über die Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung nimmt in der französischen Presse ihren Fortgang. Im „Echo de Paris“ schreibt heute der republikanischen Union angehörende Pariser Deputierte und Vorsitzende der Nationalen Frontkämpfervereinigung, Gog, daß die Räumungsarbeiten noch gar nicht begonnen hätten. Unter den günstigsten Bedingungen werde von der Räumung erst um das Jahr 1942 herum die Rede sein können. Demgegenüber bezeichnet der „Quotidien“ die Räumung des Rheinlandes als die notwendige Bedingung für die Wiederberuhigung. Im nationalen Interesse müsse man die Zurückziehung der französischen Truppen beschleunigen und über die Rheinlandräumung verhandeln. Auch das „Deuvre“ setzt sich für die Rheinlandräumung ein, ohne die eine deutsch-französische Annäherung nicht möglich sei.

Eine Entschärfung der Frontkämpfer Frankreichs.

U. Paris, 17. Jan. In Paris fand am Sonntag der Kongreß der Nationalen Frontkämpfervereinigung statt. Es wurde eine Entschärfung angenommen, die besagt, daß die ehemaligen Frontkämpfer Frankreichs normale Beziehungen mit Deutschland wünschen. Eine deutsch-französische Verständigung sei und bleibe der Angelpunkt aller europäischen Befriedigung. Solange aber in Deutschland die Abrüstung der Weisler nicht durch die Durchführung eingegangener Verpflichtungen eine bewiesene Tatsache sei, könne Frankreich nicht auf die materiellen Friedensgarantien aus dem Versailler Vertrag verzichten.

Tages-Spiegel.

Reichspräsident von Hindenburg hat Dr. Marx mit der Bildung eines Kabinetts der Mitte beauftragt. Dr. Marx hat den Auftrag angenommen.

Dr. Marx, der bereits gestern mittag mit den Führern des Zentrums Fühlung genommen, wird heute die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei aufnehmen.

In Paris wurden am Samstag die Verhandlungen über die Restpunkte fortgesetzt. Das Versailler Komitee ist mit der Prüfung der deutschen Vorschläge beschäftigt.

Die französische Presse verfolgt den Gang der Restpunkteverhandlungen mit immer neuen Forderungen und gehässigen Ausfällen gegen Deutschland.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sprach auf einer demokratischen Mittelstandstagung in Berlin über die Steuerpolitik des Reiches und den gewerblichen Mittelstand.

Der Chef des Reichswehrkommandos V Stuttgart, Generalleutnant Hesse, wird am 1. Februar in den Ruhestand treten.

In Newyork rechnet man damit, daß Staatssekretär Kellogg wegen der Vorgänge in Nicaragua und Mexiko zurücktreten wird.

Aus dem französischen Parlament.

Mittwoch Beginn der außenpolitischen Debatte in der französischen Kammer.

U. Paris, 17. Jan. Es wird nun bestätigt, daß Briand am kommenden Mittwoch vor der Kammer seinen Bericht über die auswärtige Politik Frankreichs erstatten wird. Er soll sich ferner verpflichtet haben, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Interpellationen über die auswärtige Politik in der Kammer noch vor der außenpolitischen Aussprache im Senat erörtert werden.

Painleve über die Organisation der nationalen Verteidigung.

U. Paris, 17. Jan. In der Sorbonne sprach Kriegsminister Painleve in Anwesenheit des Präsidenten der Republik, Doumergue, und des Ministerpräsidenten Poincaré über die Organisation der nationalen Verteidigung. Eine Herabsetzung der Militärausgaben, so führte er aus, sei nur möglich, wenn dem Militärdienst eine längere körperliche Erziehung und militärische Vorbereitung vorangingen. Erstere müsse schon in der Kindheit beginnen, während die militärische Vorbereitung etwa 2 Jahre vor der Einziehung einsetzen müsse.

Steuerpolitik und gewerblicher Mittelstand.

U. Berlin, 17. Jan. Auf dem demokratischen Reichsmittelstandstag im Festsaal des Berliner Landtages sprach Reichsfinanzminister Dr. Reinhold über „Die Steuerpolitik des Reiches und der gewerbliche Mittelstand.“ Der Minister betonte, daß die genossenschaftlichen Banken durch den Sparfuss des Volkes weiter gefördert werden müßten, da sie mit ihren billigen Krediten die rechte Stütze des Mittelstandes seien. Das größte Interesse habe er als Minister der Verbilligung des Geldmarktes zugewandt. Leider geben hierbei die Vielzahl der Arbeitslosen und die schlechte Lage der Landwirtschaft immer noch zu Besorgnissen Anlaß. Andererseits aber böten die Ferngasversorgung, die Elektrifizierung der Bahnen und ein vernünftiges Wohnungsbauprogramm genügende Arbeitsmöglichkeiten. Ebenso müsse mit allem Nachdruck auf eine Verbilligung der Hypothekenzinsen hingearbeitet werden, damit der Baumarkt die notwendigen Kapitalien erhalte.

Der demokratische Reichsmittelstandstag nahm folgende Entschärfung an: Die Demokratische Reichsmittelstandstagung warnt im Interesse des deutschen gewerblichen Mittelstandes vor der Agitation der Wirtschaftspartei. Eine Abwendung des gewerblichen Mittelstandes von den politischen Parteien müßte zu einer verhängnisvollen Isolierung dieser für das Volksleben entscheidend wichtigen Schicht führen und sie in allen Parlamenten in hoffnungslose Minderheit versetzen. Nur stärkste Mitarbeit in den politischen Parteien verbringt dem gewerblichen Mittelstand den Einfluß, der ihm gebührt. Die Wirtschaftspartei, die durch ihr widersprüchsvolles Verhalten und ihre Mitwirkung an der den Mittelstand vernichtenden Schliebschen Zoll- und Steuergeheißgebung Handwerk und Gewerbe so schwer geschädigt hat, hat bewiesen, daß ihr die Interessen des gewerblichen Mittelstandes nicht anvertraut werden dürfen.

Um die Regierungsbildung.

Die Berliner Presse zur neuen Lage.

II. Berlin, 15. Jan. Die Morgenblätter nehmen zur neuen Lage in der Regierungskrise, die durch die Rückgabe des Auftrages zur Regierungsbildung durch Dr. Curtius geschaffen worden ist, ausführlich Stellung. Die „D. A. Z.“ sagt, der Mißerfolg Dr. Curtius' liege nicht bei ihm, und wohl auch nicht in seinem Programm. Es wäre zweifellos bei einem größeren Entgegenkommen des Zentrums möglich gewesen, zu einer tragfähigen Regierungsmehrheit zu kommen. Nach Lage der Dinge bleibe ein Kabinett der Mitte mit Anlehnung nach rechts zurzeit der einzig gangbare Weg, und man sollte nach wie vor alles daran setzen, ihn zu beschreiten. Wenn aber diese Lösung nicht ernstlich angestrebt werde, so bleibe kein anderer Weg, als die Auflösung des Reichstages. Die „Tägliche Rundschau“ sagt, Dr. Curtius könne ebenso wie die Fraktion der Deutschen Volkspartei auf die Regierungsverhandlungen der letzten Tage mit dem Bewußtsein zurückblicken, daß alles getan worden sei, um die geplante Regierungsbildung zu einem guten Ende zu führen. Die Volkspartei werde den Gedanken der großen Koalition wahrscheinlich ebenso ablehnen, wie den Gedanken einer Koalition der Mitte unter Bindung nach links. Die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß der Brief des Zentrums in erster Linie eine persönliche Angelegenheit der Kandidatur des Wirtschaftsministers Dr. Curtius bedeutet. Das Zentrum habe bis jetzt die Führung gehabt. Deutschnationale hätten niemals ihre Bereitschaft zur Mitarbeit nach sachlicher Einigung verweigert. Sie würden es auch unter anderer Führung tun, wenn die Basis die gleiche bleibe. Allerdings würden sie doppelt vorsichtig in die Verhandlungen gehen, da sie nach den bisherigen Erfahrungen doppelt Gefahr liefen, das Opfer von Quertreibereien und Sabotageversuchen zum Zwecke ihrer grundsätzlichen Ausschaltung zu werden. Die „Kreuzzeitung“ hebt hervor, das Zentrum habe in seinem Schreiben an Dr. Curtius die Möglichkeit eines Zusammenkommens mit den Deutschnationalen nicht verbaut. Die Deutschnationale Volkspartei verharre weiterhin in ihrer abwartenden Haltung. Die „Germania“ meint, dem Vernehmen nach habe die Antwort der Deutschnationalen den Mindestforderungen, die vom Standpunkte der bisher so erfolgreich geführten Politik der Mitte gestellt werden mußten, noch lange nicht genügt. Das „Berliner Tageblatt“ rechnet mit der Möglichkeit, daß Marx mit der Regierungsbildung beauftragt wird und meint, es würde zweifellos die vom Zentrum gewünschte Kabinettsbildung erleichtern, wenn die zu beauftragende Persönlichkeit von vornherein darauf verzichten würde, Dr. Geßler auf die Ministerliste zu setzen. Der „Vorwärts“ meint, bisher habe sich die Krise nur im Kreise gedreht. Selbst wenn sich die Sozialdemokratie dazu entschließen könnte, ein neues Minderheitskabinett zu tolerieren, müßte sie diesen Entschluß von der Zusammensetzung dieses Kabinetts und von seinem Programm abhängig machen.

Das elsass-lothringische Sprachenproblem.

II. Berlin, 17. Jan. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Paris haben einige elsässische und lothringische Abgeordnete in der Kammer einen Antrag eingebracht, der die

Regierung auffordert, in Straßburg eine Schulkommission zu errichten, die mit der Lösung des Sprachenproblems in den Elementarschulen von Elsass und Lothringen beauftragt werden soll. Die Abgeordneten erklären, daß die Kinder in dem deutschsprachlichen Teil Elsass-Lothringens in den Schulen neben dem Französischen auch in Deutschen unterrichtet werden müßten, da sie sich zu Hause der deutschen Sprache bedienen.

Aufhebung des Einfuhrverbotes für deutsche Zeitungen und Zeitschriften.

II. Straßburg, 17. Jan. Der französische Innenminister hat das Einfuhrverbot von 15 deutschen Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben.

Das Minderheiten-Problem in Oberschlesien.

Colban in Opatowitz.

II. Opatowitz, 15. Jan. Der Leiter der Minderheitenabteilung des Völkerbundes, Colban, stattete in Begleitung des Präsidenten Calonder und zweier Generalsekretäre von der gemischten Kommission dem Oberpräsidenten Dr. Proffe einen Besuch ab. Zu seiner Begrüßung hatte sich Gesandtschaftsrat Dr. Dike vom Auswärtigen Amt in Berlin eingefunden. Der Oberpräsident gab zu Ehren der Gäste ein Frühstück, an dem außerdem Präsident Kaeferbeck, der Reichs- und Staatsrat bei der gemischten Kommission Generalkonsul Freiherr von Grünau, Landrat a. D. Luttschke, Landeshauptmann Piontel sowie der Vorsitzende des Provinzialausschusses, Prälat Mikla, teilnahmen. Oberpräsident Proffe hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte, es sehe erfreulicherweise so aus, daß sich aus der letzten Orgie brutaler Gewalt, von der die Menschheit heimgejagt worden sei, die Idee von bestimmten Lebensrechten der Völker wie der einzelnen Menschen doch siegreich wenn auch noch unter mancherlei Widerständen entwickelte. Zu diesen Lebensrechten gehöre aber auch das Recht auf die Pflege einer individuellen Geisteswelt und die Ablehnung jeder Vergewaltigung, jeden Zwanges, jeder Verunglimpfung auf diesem Gebiete. Er begrüße die Anwesenheit Colbans in Oberschlesien und sein Studium in dem vollen Bewußtsein, daß Oberschlesien berufen erscheine, ein Schrittmacher zu sein für die Lösung des in der Welt so brennend gewordenen Problems des Minderheitenschutzes. In seiner Erwiderung beehrte Colban besonders warm die Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund. Der Völkerbund habe verschiedene Aufgaben zu lösen, als erste die der Abrüstung; die andere Hälfte des Friedensprogramms müsse der Lösung des schwierigen Minderheitenproblems gelten, wenn man zukünftige Kriege vermeiden wolle. Die Regierungen und die Bevölkerungen aller Staaten müßten zu der Einsicht kommen, daß als Grundlage der Zivilisation alle Menschen gleichberechtigt behandelt werden müßten. Diese Einsicht allen Völkern zu vermitteln, sei die große und äußerst schwierige Aufgabe des Völkerbundes, dessen Arbeit durch die Aufnahme von Deutschland auch auf diesem Gebiete vervollständigt werde. Er sei überzeugt, daß die deutsche Regierung aufrichtig bestrebt sei, an diesem Erfolge mitzuarbeiten.

Tagung der internationalen Donaukommission.

Die Verwaltung des Eisernen Tores.

II. Berlin, 17. Jan. In Rom trat die internationale Donaukommission zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Es handelt sich bei der Tagung um die Frage des Eisernen Tores, die im Laufe des vorigen Jahrhunderts in der diplo-

matischen Geschichte eine große Rolle gespielt hat, und durch den Versailler Vertrag und infolge der damit zusammenhängenden territorialen Veränderungen erneut aufgerollt worden ist. Auf Grund des Versailler Vertrags hatte die Donauakte sich mit der Frage des Eisernen Tores zu befassen. Sie hat ihre Erledigung einem besonderen zwischen der Donaukommission und den beiden Uferstaaten Rumänien und Serbien abzuschließenden Vertrag vorbehalten. Dieser Vertrag, dessen Vorarbeiten die Donaukommission bereits seit einiger Zeit beschäftigt hat, soll nun in Rom abgeschlossen werden. Auch Deutschland, besonders die Donaufürstentümer Bayern und Württemberg, haben an dieser Frage, vor allem an der Gestaltung der internationalen Verwaltung des Eisernen Tores ein erhebliches Interesse und sind bei dieser Tagung vertreten und zwar durch den Gesandten Dr. Seltiger vom Auswärtigen Amt, sowie durch den Gesandten von Kienlin von der württembergischen Regierung, Ministerialdirektor Dr. Lindner von der bayerischen Regierung, Ministerialrat Baur vom Reichsverkehrsministerium und Legationssekretär Pors vom auswärtigen Amt. Man rechnet mit einer dreiwöchigen Dauer dieser wichtigen Verhandlungen.

Zusammenkunft Churchill-Mussolini

II. Rom, 17. Jan. Churchill traf am Sonntag aus Athen in Neapel ein, von wo er nach Rom weiterreisen wird, in der italienischen Hauptstadt wird er voraussichtlich sich eine Woche als Gast in der englischen Botschaft aufhalten. Es wird bestätigt, daß Churchill in dieser Zeit eine Zusammenkunft mit Mussolini und Finanzminister Volpi haben wird.

Amerikas Gewaltpolitik in Nicaragua.

Eine Note Sacacas an Amerika.

II. Newyork, 17. Jan. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Mittelamerika verlangte Sacaca in einer Note an die Washingtoner Regierung die sofortige Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Nicaragua. In Washington erklärt man, daß die Besetzung Nicaraguas in wenigen Tagen reiflos durchgeführt sein werde.

Keine Abberufung des amerikanischen Botschafters in Mexiko.

II. Berlin, 17. Jan. Wie die Morgenblätter aus Washington melden, hat Staatssekretär Kellogg die Ermächtigung gegeben, mitzuteilen, daß eine Zurückberufung des amerikanischen Botschafters aus Mexiko vom Staatsdepartement nicht in Erwägung gezogen und im Staatsdepartement nicht erörtert worden ist.

Kleine politische Nachrichten.

Der Kriegslastetat vor dem Haushaltsausschuß. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurden 16 Millionen Mark für einmalige Beihilfe an Waffen- und Munitionsfabriken bewilligt, welche auf Grund des Versailler Vertrages ihren Betrieb umstellen müssen. Der Etatsposten, der für das nächste Jahr 3/4 Milliarden Reparationslasten vorsieht, wurde angenommen. Nach der Erledigung des Kriegslastetats folgte eine kurze Beratung des Reichstagsrats, der mit geringen Änderungen vom Ausschuss genehmigt wurde.

Der Flitzmajor

HUMORISTISCHER ROMAN VON FREIHERR VON SCHLICHT
URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(46. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

5.

Leutnant Tobias war der glücklichste Mensch auf der ganzen Erde, er hätte es wenigstens nach seiner Ueberzeugung sein können, denn die schwere Arbeit war vollendet. Er hatte so weit Ordnung in seine Finanzen gebracht, daß er seine Passiva zusammenzahlen konnte. Leicht war das nicht gewesen, und seine Hoffnung, an einem Nachmittag damit fertig zu werden, hatte sich, wie so manches in seinem Leben, als trügerisch erwiesen. So manches Mal hatte Herr Hansen zu ihm heraufkommen und ihn in die Geheimnisse der Buchführung einweihen müssen, bis vollständige Ordnung geschaffen wurde. Aber nun war der große Wurf gelungen. Fein säuberlich sortiert lagen die Rechnungen der einzelnen Lieferanten da, jeder Haufen für sich hübsch zusammengebunden, und auf dem großen Umschlag, der die Gesamtrechnungen enthielt, stand mit Herrn Hansens kalligraphisch schöner Handschrift die Summe seiner Schulden. Tobias kannte die Zahl in- und auswendig, aber gerade deshalb gab er sich die größte Mühe, sie wieder zu vergessen, denn klein war sie nicht. Na, Gott sei Dank, er brauchte sie ja nicht zu bezahlen, die Dummheit überließ er getrost einem andern. Und dieser andere war, wie er auf Umwegen von seinen übrigen Verwandten erfahren hatte, verreist und kam erst in einigen Wochen zurück. Da brauchte er dem wenigstens nicht schon heute oder morgen einen Schreckschuß einzujagen, und das war eigentlich die Hauptsache, die ihn so vergnügt stimmte, denn wenn er an den Brief dachte, mit dem der Onkel sich bei ihm für die Ueberwindung seiner Passiva bedanken würde! Und schreiben würde der auf alle Fälle, einerlei, ob er bezahlte oder nicht, und vor diesem Brief graute ihm. Er hatte schon mehr als genug an den Grobheiten, die er sich zuweilen auf dem Kasernehof oder draußen im Gelände von dem Vorgesetzten an den Kopf schmeißen lassen mußte. Na, das geprochene Wort verfliegt ja schließlich schnell wieder, aber was man schwarz auf weiß besißt, wird man nicht so schnell wieder los, selbst dann nicht, wenn man es sofort in den Ofen wirft. Die Nachwirkung bleibt trotzdem

Und für den Augenblick hatte er unter der Nachwirkung der vielen und starken Flüssigkeiten, die er gestern abend zu sich nahm, ohnehin mehr als genug zu leiden. Gewiß, seine Schulden waren noch nicht bezahlt, aber er lebte nach seiner Ansicht im Gegenlaß zu früher, trotzdem schon jetzt in völlig geregelten Verhältnissen, und das frohe Ereignis hatte er auch gestern einmal wieder feiern müssen. Das Leben war ja ohnehin so arm an Freuden; wenn man sich nicht selbst hin und wieder eine bereitet, dann kam man in der Hinsicht überhaupt nicht auf seine Kosten und war eines schönen Tages tot, ohne etwas von diesem Dasein gehabt zu haben.

Tobias hatte schwer Kopfweh, aber das kam ganz gewiß nicht von dem Wein allein, sondern der war ihm nur deshalb nicht bekommen, weil er jetzt ernstlich mit seiner Hungerkur begonnen hatte. Anstatt sich wie sonst von jedem Gang des Mittagessens im Kasino zwei- oder gar dreimal geben zu lassen, nahm er sich jetzt nur einmal, dafür aber gleich eine doppelte Portion. Auch sonst lastete er seinen Leib auf jede nur mögliche Art. Statt des dunklen, schweren Bieres trank er jetzt dünnes Lagerbier, und während er sich sonst hauptsächlich an Kartoffeln, die sein Lieblingsgericht bildeten, satt aß, tat er das jetzt an Kommissbrot, das er je nach dem Stand seiner Finanzen mehr oder weniger dick mit Butter bestrich. Auch dem Zucker hatte er die Feindschaft geschworen, und wenn er den auch nicht ganz miß, so nahm er doch nicht mehr als drei Stück zu jeder der beiden Tassen, die er des Morgens zum ersten Frühstück trank.

Es war das reine Hungerleben, das er führte, und wenn er nicht auf Grund seiner jetzt so glänzenden finanziellen Verhältnisse alle Urlaube gehabt hätte, sich jeden Tag dreimal halbtot zu freuen, dann wäre es weiß Gott auch ohne den Kater, der ihm selbst jetzt noch am Nachmittag in dem Schädel lag, das Beste gewesen, wenn er sich aufhing. Was war das Leben, wenn man sich gerade so weit satt essen konnte, daß man nicht verhungerte? Ja, wenn er aus eigenster Initiative seinen längst gefaßten Entschluß, dünner zu werden, jetzt endlich ausgeführt hätte, — ja, wenn er selbst irgendwie dahinter steckte, oder seine Liebe zu der Baronin, oder der gute Ziegelbach, der seit seinem Hiersein nicht aufgehört hatte, ihm eine Predigt nach der andern über das Thema zu halten: „Mensch, gehe in dich“, dann wolle er ja noch nicht einmal was lagern, dann wäre er ja selbst an seinem Unglück schuld gewesen.

Aber so einfach gewissermaßen laut Regimentsbefehl vom soundssovielten hungern zu müssen, das ging denn doch eigentlich über jeden Spaß. Und doch mußte er sich fügen.

Er würde den Schreckenstag, an dem das Leid für ihn seinen Anfang nahm, nie vergessen. Genau zwei Wochen war es jetzt her, da hatte ihm eines Abends der Oberst, als sich das Offizierkorps zu einer dienstlichen Besprechung im Kasino eingefunden hatte, vor verammeltem Kriegsvolk erklärt, er, Leutnant Tobias, wäre für einen so jungen Infanterieoffizier viel zu dick, er verhandle mit seinem Ernennungspunkt die Front, er fiele durch seine unmilitärische Erscheinung mehr als unangenehm auf, und wenn er nicht schon morgen damit anfänge, sehr ernstlich etwas dafür zu tun, daß er in kürzester Zeit ganz bedeutend schlanker werde, dann dürfe er sich nicht darüber wundern, wenn es eines Tages mit seiner Leutnantsherrlichkeit vorbei sei.

Er wußte, sein Oberst meinte das sehr ernsthaft, der pflegte in solchen und ähnlichen Fällen nicht zu spaßen. So hatte er sich denn an jenem Abend noch einmal so voll und so satt gegessen, daß selbst der kleine Fähnrich von Bolten voll ehrlichster Bewunderung, aber auch voller Neid zu ihm aufblickte, dann aber war er am nächsten Morgen in sich gegangen, obgleich jetzt die gesellschaftliche Winteraison begannen hatte. Die Kommisspeltos lösten einander ab, das erste Fest im Gesellschaftshaus, in dem man sich mit den Zwilsfamilien der Stadt zu vereinen pflegte, war auch bereits gewesen, im Kasino war schon zweimal getanzt worden, und während er sonst bei solchen Gelegenheiten einer der Fröhlichsten zu sein pflegte, weil es da überall gut und reichlich zu essen gab, hatte er jetzt mißmutig die Schüsseln mit den Sachen, die gut schmeckten, vorübergehen lassen. Und das war hart, denn da hatte der kleine Fähnrich recht, obgleich er nur ein Fähnrich war: „Was schmeckt nicht gut!“

Und trotzdem er wahrhaftig doch alle Urfahe hatte, froh und glücklich zu sein, fing er jetzt dennoch an, ganz verteuftel schlechter Laune zu werden, als er, das schwere Haupt auf die Hand gestützt, in seinem Wohnzimmer saß und nachdachte. Was sollte aus ihm werden, wenn der Oberst jetzt oder später einmal seine Drohung wahr machte? Was dann, wenn er trotz aller Mühseligkeit kein Gewicht nicht verringerte? Sollte er da als Sektireisender, als Versicherungsagent oder als etwas Ähnliches sein Leben fristen? Der Gedanke hatte für ihn sehr wenig Verlockendes. Und wenn er den bunten Rock erst hatte ausziehen müssen, dann war es auch für ihn mit der Baronin für immer vorbei, dann konnte er die Hoffnung, die dereinst doch noch zu gewinnen, nur gleich endgültig aufgeben.

In stummer Verzweiflung saß er da und brütete vor sich hin. Das Leben war nur schön, wenn es schön war, aber so?

(Fortsetzung folgt.)

Vorlegung des bayerischen Etats erst im März. Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags erklärte Finanzminister Dr. Krausneck auf Anfrage, daß er nach den letzten Besprechungen mit Staatssekretär Popitz mit dem Abschluß der Finanzausgleichsverhandlungen im Laufe des Februar rechnen. Der Etat könne dann im März vorgelegt werden.

Große Koalition in Lippe-Deimold. Nach langwierigen Verhandlungen hat sich die Lippische Volkspartei zum Eintritt in die Regierung bereit erklärt. Damit ist das langerstrebte Ziel im Freistaat Lippe, die große Koalition zu schaffen, endlich erreicht. Die Regierung stützt sich jetzt auf die Sozialdemokraten, die Wirtschaftspartei und die Volkspartei.

Das Nebeverbot gegen Hitler. Der Rechtsausschuß des Reichstages lehnte mit allen Stimmen gegen die der Rechten einen völkischen Antrag ab, der die Aufhebung des Nebeverbots gegen Adolf Hitler verlangte, weil das Verbot verfassungswidrig sei. Ministerpräsident Dr. Brüning erklärte, daß der völkische Antrag zu Unrecht von einer Verfassungswidrigkeit des gegen Hitler ergangenen Nebeverbots spreche. Die Bestimmungen der Reichsverfassung kämen Ausländern nicht zugute.

Der neue spanische Botschafter. Wie die Blätter aus Madrid melden, hat der König von Spanien den Erlaß unterzeichnet, durch den der Generalsekretär im Ministerium des Außen, Fernando Espinosa de los Monteros an Stelle von Soler y Guardiola zum Botschafter in Berlin ernannt wird.

Tagung der Podenkommission des Völkerbundes in Berlin. Im Berliner Robert-Koch-Institut für Infektionskrankheiten tagte eine kleine Unterkommission der Hygienekommission des Völkerbundes, die zur Aufgabe hat, eine Standardisierungs-methode des Podenschutimpfstoffes international festzustellen. An der Kommissionsitzung nahmen 10 Wissenschaftler aller Länder teil.

Amtsantritt Dufour-Feronce. Der neue deutsche Untergeneralsekretär des Völkerbundes, Dufour-Feronce, ist in Genf eingetroffen und hat seinen Dienst im Sekretariat des Völkerbundes angetreten. Er hat zunächst die Leitung der Abteilung für geistige Zusammenarbeit übernommen.

Peking verlangt Uebergabe der Konzessionen. Nach einer Meldung der „Associated Press“ haben Vertreter der Pekingregierung bei mehreren Vertretern der fremden Mächte in Peking die Uebergabe der dortigen Ausländerkonzessionen an die Chinesen angeregt.

Die neue Rüstungsvorlage der amerikanischen Regierung. Die neue Regierungsvorlage, die der Kongreß noch in dieser Session erledigen soll, verlangt den Bau von 10 weiteren leichten Kreuzern, die Erhöhung des Landheeres von 110 000 auf 119 000 Mann und den Bau weiterer 20 modernster Angriffsflugzeuge.

Aus aller Welt.

Hochwasser in der Provinz Sachsen.

Das Hochwasser der Schwarzen Elster hat erheblichen Schaden verursacht. Besonders schwer betroffen sind die Kreise Hersfeld und Schweinitz. Die Stadt Schweinitz liegt inmitten eines riesigen Sees und ist fast von jeder Verbindung auf dem Landwege abgeschnitten. Aus Torgau wird starkes Ansteigen der Flut gemeldet. Die größte Welle der Musbe scheint vorüber zu sein. Aus Eilenburg wird Rückgang des Hochwassers gemeldet.

Riesenfeuer auf einem mecklenburgischen Rittergut.

Auf dem Rittergut Dichtenfeld bei Neustrelitz brannte ein großes Vorwerk nieder, wobei über 100 Kühe, sämtliche Schweine und das Jungvieh sowie 2000 Zentner Getreide den Flammen zum Opfer fielen. Die benachbarten Gebäude, die ebenfalls Feuer fingen, und schwer beschädigt wurden, konnten nur mit Mühe gerettet werden. Das Feuer ist anscheinend auf Kurzschluß zurückzuführen.

Grippe in der englischen Atlantikflotte.

In der gegenwärtig in Portland liegenden britischen Atlantikflotte, die nach dem Mittelmeer auslaufen sollte, ist die Grippe ausgebrochen. Ein Zerstörer, auf dem die Krankheit sich stärker bemerkbar machte, ist von den übrigen Schiffen isoliert worden.

Sikewelle in Australien.

Nach Meldungen aus Sidney herrscht augenblicklich in verschiedenen Teilen Australiens starke Hitze. In Australien sind zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen, so in einem Altersheim in Adelaide allein 7. Als Folge der Sikewelle werden zahlreiche Brände in verschiedenen Landesteilen berichtet. Einzelne Bezirke leiden empfindlich unter Wassermangel.

Der Barmatprozeß.

Am zweiten Verhandlungstage des Barmatprozesses waren nur die beiden Barmats sowie die Angeklagten Klenske, Dr. Hellwig und Versicherungsdirektor Hahlow anwesend. Das Gericht wird sich über die Folgen des Ausbleibens der anderen sechs Angeklagten noch schlüssig werden und beschloß, die Verhandlung in ihrer Abwesenheit fortzusetzen.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte die Verteidigung, Barmat Gelegenheit zu geben, sich über seine Vermögensverhältnisse noch einmal zusammenfassend zu äußern. Angeklagter Julius Barmat verlas hierauf eine Reihe von Briefen amerikanischer Bankfirmen, wonach er 1920 aus eigenen Mitteln ein Akkreditiv von zwei Millionen Dollar gestellt habe. Der Vorsitzende unterstellte als wahr, daß Barmat 1920 ein Vermögen von rund 9 Millionen Dollar gehabt habe. Der Angeklagte gab eine Darstellung seiner Vermögensverhältnisse und erklärte wiederholt, er müsse dies alles vortragen, um der falschen Behauptung der Rechtspresse entgegenzutreten, daß er

als ein armer Schnorrer nach Deutschland gekommen sei, um hier Geld zu machen. Durch Verlesung weiterer Briefe suchte er nachzuweisen, daß amtliche deutsche Stellen ihn wiederholt ersucht hätten, nach Deutschland zu kommen. Das Gericht unterstellte als wahr, daß Barmat auf Wunsch verschiedener deutscher Persönlichkeiten und auf Ersuchen amtlicher Stellen nach Deutschland gekommen sei. Dann schilderte Julius Barmat die Entwicklung seiner Geschäftsunternehmungen. Erst im März 1924 sei er an den Krediten der Staatsbank selbst beteiligt gewesen, die ihm anstandslos bewilligt worden seien, nachdem Dr. Rühle und Dr. Hellwig mit der Verwaltung der Staatsbank Fühlung genommen hätten. Die Staatsbank sei davon unterrichtet gewesen, daß er nennenswerte Beträge immer wieder verlieh und daß die Anegima in Berlin ein Finanzierungsinstitut war. Besonders günstige Bedingungen habe die Staatsbank ihm nicht bewilligt. Die Herren der Staatsbank hätten ihm besondere Vorteile nie angeboten, auch dann nicht, als er ihnen in der Inflation Lebensmittel geschickt habe, welche sie durchaus bezahlen wollten. An Befestigungen habe er hierbei nicht gedacht. Wenn er Dr. Hellwig eine Stellung angeboten habe, so habe er auch nicht daran gedacht, dadurch günstigen Einfluß bei der Staatsbank zu erlangen.

Nach der Vernehmung Julius Barmats und des Geschäftsführers Klenske, welcher die Geschäfte der Gebrüder Barmat mit der Staatsbank führte, wurde der Angeklagte, Finanzrat Dr. Hellwig, über seine Beziehungen zu den Barmats vernommen. Der Angeklagte wies darauf hin, daß er am 1. März 1921 ohne banktechnische Vorbildung aus dem Justizministerium in die Preussische Staatsbank gekommen sei und nach kurzer Anlernung bald ein selbständiges Referat erhalten habe. Während eines Urlaubs des Dr. Rühle habe er die Verhandlungen mit den Barmats allein zu führen gehabt, und da er die Barmatschen Unternehmungen solide fundiert glaubte, sei er mit Julius Barmat zu einem freundschaftlichen Verhältnis gekommen. Zu spät habe er erkannt, daß Julius Barmat nicht nur ehrgeizig, sondern vor allem ein unbegreiflicher Optimist sei. Dr. Hellwig betonte, daß die Staatsbank eine der letzten Banken gewesen sei, die selbst in der Inflation noch Kredite zu normalen Bedingungen gegeben habe. Dabei seien die fälligen Gelder der Bank so dahingeschwunden, daß sie im November 1923 der Anegima den Kredit nahezu ganz kündigen mußte. Dr. Hellwig begründete sein Vertrauen zu den Barmats damit, daß über ihn Empfehlungen vorlagen seitens des Reichsbankers a. D. Bauer und des Herrn Grabnauer. Ueber die Goldmarkkredite befragt, erklärte Dr. Hellwig, daß für diese drei Aktienpakete als dauernde Deckung gegeben worden seien. Bei ihrer Bewertung seien ihm allerdings heute unverständliche Fehler unterlaufen. Er gab zu, daß er unter Barmats Einfluß die Zukunftsaussichten der Papiere maßlos überschätzt habe, doch entschuldigte er sich damit, daß er selbst noch unter dem Einfluß der Papiermarksumme gestanden habe, als er die Chromo mit etwa 6 Millionen Mark eingeschätzt habe. Dr. Hellwig verwahrte sich entschieden dagegen, daß die Barmats, als die Staatsbank Anfang 1924 viel flüssiges Geld vergab, von ihm bevorzugt worden seien. Weder die Lebensmittelpakete, zu deren Bezahlung er stets bereit gewesen sei, noch die Ausichten auf eine angenehmere Stellung in der Hypothekenbank hätten ihn bewogen, den Barmats eine Vorzugsstellung einzuräumen. Die Verhandlungen wurden darauf vertagt.

Zum dritten Verhandlungstag des Barmatprozesses ist auch der Angeklagte Henry Barmat nicht erschienen. Das Gericht nimmt die Beweisangebote der Verteidigung entgegen, nach denen unter anderem unter Beweis gestellt wird, daß die Staatsbank niemals über den Umfang des Anegima-Konzerns im unklaren war und daß dieser Konzern nicht günstiger behandelt wurde, als alle anderen Banken. Die Staatsbank habe Anfang 1924 erheblichen Geldüberschuß gehabt und darauf gedrängt, das Geld schnellstens weiter zu verleihen. Ohne Befragung der Generaldirektion hätten die zuständigen Beamten auf Grund der allgemeinen Beleihungsgrundsätze Kredite geben können. Im ganzen wurden von der Verteidigung etwa 20 Zeugen, darunter Oberfinanzrat Rühle und der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hellmann genannt. Als erster sachverständiger Zeuge wird dann Oberfinanzrat Soldat vernommen. Er äußerte sich über die Geschäftsgrundsätze der Staatsbank und ihre Richtlinien für die Kreditgewährung. Danach dürfen alle Rentenmarkkredite und alle Kredite von mehr als 300 Mark nur mit Zustimmung der Generaldirektion gegeben werden. Nach einem Protokoll der Generaldirektion vom 19. Mai 1924 hätten Kutzler, Barmat und Michael Kredite im Gesamtbetrag von 35 Millionen Mark besessen. Danach habe die Generaldirektion auf die Abtragung dieser Kredite gedrungen. Dr. Hellwig erklärte, daß er davon erst viel später erfahren habe.

Württembergischer Landtag.

Das Ministerpensionsgesetz im Finanzausschuß des Landtags.

In Fortsetzung der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Dienstverhältnisse der Minister wurden am Donnerstag die Artikel 2 bis 7 erledigt. Art. 2 handelt von den Abstandsbezügen. Art. 3 von den Mindestsätzen des Ruhegehalts, Art. 4 von der Dienstbeschädigung der Minister, Art. 5 vom Ruhegehalt, Art. 6 vom Wartegeld, Art. 7 von der Wiederanstellung im früheren Beruf. Zu den verschiedenen Artikeln wurde eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt und zwar von fast allen Parteien. Aber alle Anträge wurden abgelehnt und die Artikel mit wechselnder Mehrheit nach dem Regierungsentwurf angenommen.

Der Finanzausschuß des Landtags setzte am Freitag die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Dienstverhältnisse der Minister bei Artikel 8 und 9 fort. Diese beiden Artikel handeln von dem Ruhegehalt und den Uebergangsbezügen für diejenigen Minister, die keine Beamte vor ihrem Eintritt

in die Ministerlaufbahn gewesen sind. Zu Art. 8 lag ein Antrag des Abg. Andre (Ztr.) vor, der dahin ging, einen neuen Absatz 3 einzufügen, der wie folgt lautet: „Hat ein nach mindestens vierjähriger Amtsdauer aus dem Amt scheidender Minister das 60. Lebensjahr vollendet, so hat er Anspruch auf Ruhegehalt in Höhe von einem Drittel des Dienstinkommens des Ministers.“ Ueber den Antrag entstand eine längere Debatte. Regierungsfreund wurde derselbe bekämpft. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 7 Ja- bei 5 Nein- und 2 Enthaltungsstimmen abgelehnt und der Artikel 8 im Sinne des Regierungsentwurfes angenommen. Ueber den Artikel 9 berichtete Berichterstatter Pflüger eingehend. Regierungsfreund wurde der Standpunkt vertreten, daß eine Gleichstellung von Ministern, die aus der freien Wirtschaft hervorgegangen sind, mit Beamtenministern nicht möglich sei. Von sozialdemokratischer Seite wurde gewünscht, daß wenigstens für ältere Personen Sonderbestimmungen geschaffen werden sollten, die über den Rahmen der Uebergangsbezüge nach der Vorlage der Regierung hinausgehen. Der Abg. Dr. Schall brachte einen umfangreichen Antrag ein, der eine wesentliche Verbesserung der Dienstbezüge der aus der freien Wirtschaft hervorgegangenen Minister nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung vorsieht. Seitens der Abgeordneten Dr. Hölscher, Rath und Roos wurden Anträge gestellt, die zum Teil eine Verengung, zum Teil eine Verbesserung des Regierungsentwurfes bedeuten. Die Anträge Dr. Hölscher-Roos-Rath wurden angenommen; der Antrag Schall abgelehnt. Dagegen wurde ein zu Absatz 2 des Art. 8 gestellter Antrag des Abg. Schall angenommen. Damit war der Regierungsentwurf in Absatz 2 des Art. 9 gefallen. Weiter wurden erledigt die Artikel 10 und 11. Bei Artikel 13 entspann sich eine eingehende Aussprache über die Frage, ob und inwieweit eine Rückwirkung des bestehenden Gesetzes auf die nach dem 20. Mai 1919, dem Tage der Inkraftsetzung der neuen württembergischen Verfassung, aus dem Amt geschiedenen Minister und auf die Witwenpensionen statzufinden habe. Die Debatte konnte noch nicht zu Ende geführt werden.

Das neue württembergische Ministerpensionsgesetz.

Nach dem am 22. April 1926 dem Landtag vorgelegten Ministerpensionsgesetz sollen für die Minister die Vorschriften für Beamte im Sinne des Beamtengesetzes gelten, soweit nicht in der Verfassung und im Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Beim Ausscheiden aus dem Amt erhalten nach Artikel 2 des Entwurfs die Minister noch auf das dem Monat des Ausscheidens folgende Vierteljahr ihre vollen Bezüge, abgesehen von Dienstauswandsentschädigung. Wenn der Minister mindestens acht Jahre oder zwei volle Landtagsperioden hindurch das Ministeramt innegehabt und das 55. Lebensjahr zurückgelegt hat, so steht ihm Anspruch auf Ruhegehalt zu. Der Ruhegehaltsberechnung wird das Dienstinkommen des Ministers und die Dienstzeit als Minister unter Einrechnung der früheren Ruhegehaltsberechtigten Dienstzeit als Beamter zugrundegelegt. Das Recht auf den Bezug des Ruhegehaltes ruht, wenn und solange der in den dauernden Ruhestand versetzte Minister ein Einkommen aus selbständiger Berufstätigkeit oder nicht selbständiger Arbeit bezieht, insoweit, als dieses Einkommen unter Hinzurechnung des Ruhegehaltes den Betrag des zuletzt bezogenen Dienstinkommens übersteigt.

Wenn die Voraussetzungen für den Ruhegehalt nicht zu treffen, so erhält der Minister ein Wartegeld. Dieses Wartegeld soll abgestuft sein nach der Zeit der Ministerstätigkeit und nach dem Lebensalter.

Wenn ein mit Ruhegehalt oder mit Wartegeld ausgeschiedener Minister, bei dem die allgemeinen Voraussetzungen der Versetzung von Beamten in den dauernden Ruhestand nicht vorliegen, eine seiner Vorbildung entsprechende planmäßige Dienststelle mit Einzelgehalt angeboten erhält und die Uebernahme der Stelle ablehnt, so verliert er den Anspruch auf Ruhegehalt oder Wartegeld.

Der mit Wartegeld ausgeschiedene Minister, bei dem die allgemeinen Voraussetzungen der Versetzung von Beamten in den dauernden Ruhestand nicht vorliegen, hat anstelle des Rechtes auf Wartegeld Anspruch auf Wiedereinstellung in eine planmäßige Dienststelle von mindestens gleicher Art und gleichem Dienstinkommen wie der in der früheren Beamtenstellung unter Berücksichtigung von etwa in der Zwischenzeit eingetretenen Beförderungsmöglichkeiten.

Minister, die vordem nicht im Beamtenverhältnis standen, erhalten Ruhegehalt nach denselben Grundsätzen wie diejenigen Minister, die vordem planmäßige Beamte gewesen sind. Da diese naturgemäß sehr selten, wenn überhaupt eine so lange Ministerzeit haben werden, daß für sie ein Ruhegehalt in Betracht kommt, so ist im Artikel 9 des Gesetzesentwurfes die Regelung von Uebergangsbezügen vorgesehen.

Für die Ansprüche der Witwen und Waisen eines Ruhegehaltsberechtigten Ministers gelten die allgemeinen Vorschriften des Beamtengesetzes.

Nach Artikel 13 des Gesetzesentwurfes soll dieses Gesetz für alle Minister gelten, die nach Inkrafttreten der neuen Verfassung vom 20. Mai 1919 mit Ruhegehalt ausgeschieden sind, und ebenso für die zurzeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Amt befindlichen Minister. Vorgeesehen ist zur Befreiung von besonderen Härten, die sich in einzelnen Fällen aus der Rückwirkung ergeben, daß das Staatsministerium mit Zustimmung des Landtags Sonderregelung treffen kann.

Das Calwer Tagblatt

kann jederzeit

bestellt werden!

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. Januar 1927.

Weihnachtsfeier des Turnvereins Calw.

Trotz der vorgerückten Jahreszeit war die Weihnachtsfeier, zu der am Samstag der Turnverein Calw seine Mitglieder und Freunde eingeladen hatte, eine feine und stimmungsvolle Veranstaltung, auf die der Vereine mit Stolz zurückblicken kann. Stellv. Vorstand Verwaltungsdirektor Proß leitete die Feier mit einer Ansprache ein; er begrüßte in herzlichster Weise die große Zahl der Gäste und gedachte in ehrenden Worten und aufrichtiger Trauer des im vergangenen Jahre verstorbenen Vereinsvorsitzenden Verwaltungsdirektor Staudenmeyer, der in vorbildlicher Weise viele Jahrzehnte lang den Turnverein Calw geleitet. Verwaltungsdirektor Proß ging sodann auf das sehr umfangreiche Programm der Feier ein, dessen Durchführung durch zahlreiche Grippeerkrankungen in letzter Stunde erschwert wurde und wünschte den Gästen im Namen des Turnvereins eine gute Unterhaltung. Die Vortragsfolge, mit einem schneidig gespielten Marsch der Kapelle Frank und einem gemeinschaftlichen Gesang eingeleitet, erhielt durch die Vorführung einer Reihe hervorragender Turnübungen einen besonderen Charakter. Gratie Hantelübungen der Turnschüler, von überraschender Körperdurchbildung zeugende Gewandtheitsübungen, schwierige, schon durchgeführte Stabwendübungen der aktiven Turner, tadellose Barrenübungen der Turnschüler und als Abschluß ausgezeichnete Übungen der Turner an Pferd und Barren riefen stürmischen Beifall hervor, eine schöne Anerkennung für die gewandten Turner, deren trainierte Körper den besten Beweis für den unübertrefflichen Gesundheitswert des Turnsports erbrachten. Auch die Turnerinnen trugen zum Gelingen der Feier in schönster Weise bei. Ein reizendes Weihnachtsspiel (Reigen) brachte den mitwirkenden Turnerinnen unter der geschickten Leitung von Frauenturnwart Zahn reichen Beifall ein; besonders das Schlussspiel bot einen ungemein reizvollen weihnachtlichen Anblick. Ein Schleichtanz, von zwei Turnerinnen des Vereins in grazioser und anmutiger Weise getanzt, beschloß, mit großem Beifall aufgenommen, die Reihe der turnerischen und tänzerischen Darbietungen. Einem Vortrag der Kapelle Frank, Ouvertüre zur Oper „Die Zigeunerin“, folgte nunmehr die Aufführung des schwäbischen Schwanks „Else vom Erlenhof“ von Siegfried Con. Staad. Bei der Aufführung des 5 Aufzüge umfassenden, von echtem Humor durchdrungenen Volksstückes bewiesen die mitwirkenden Vereinsmitglieder, daß sie nicht allein turnen, sondern auch vorzüglich Theater spielen können. Man sah ausgezeichnete Leistungen, die den Spielenden wie dem Spielleiter alle Ehre machten. Auch der geschmackvollen szenischen Ausgestaltung sei hier Erwähnung getan, die in mannigfacher Wechsel einen guten Rahmen für das an tragischen wie humorvollen Momenten reiche Spiel bildete. Nichtendwollender Beifall lohnte die erfolgreichen Bemühungen der zahlreichen Spieler und Spielerinnen. Vor Abschluß der Feier, die noch eine an schönen Überraschungen reiche Gabenverlosung sowie eine Tanzunterhaltung vorsah, dankte Verwaltungsdirektor Proß allen Mitwirkenden an der Veranstaltung und den Gästen für ihre Aufmerksamkeit. Die in allen ihren Teilen vortrefflich gelaungene Weihnachtsfeier, die den frohen, gesunden und aufwärtsstrebenden Geist innerhalb des Vereins offenbarte, erweckte allgemein hohe Befriedigung.

Bausatistik für 1926.

Die Feststellung der angemeldeten Bauten im Neubau-Nachweis der „Baumwelt“ gibt für das Jahr 1926 bisher erreichte Zahlen. Das plötzliche Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Winter 1925 schränkte die Baulust zu Beginn des Jahres 1926 ein, sie stieg dann aber im April, also mitten im Beginn der Bautätigkeit, durch die Zuschußbewilligungen der Städte für Wohnbauten und durch Vorstöße auf die Hauszinssteuerhypotheken, um im September nach Einleitung des Arbeitsbeschaffungsprogramms nach vorübergehendem Abbedeln erneut anzuwachsen. Der Dezember brachte dann eine ungewöhnlich hohe Zahl

von Bauvorhaben, wie sie bisher in der ganzen Statistik noch nicht erklommen ist. Im Gegensatz zum Vorjahre ist auch anzunehmen, daß in den ersten Monaten dieses Jahres ein wesentliches Abflauen nicht zu erwarten ist. Hier wäre allerdings Voraussetzung, daß die bisher bekannten Pläne der Bereitstellung von Leihkapital aus der Hauszinssteuer, durch Sparlassen, öffentliche und private Hypothekenanstalten ohne wesentliche Einschränkungen durchgeführt werden. Im einzelnen wurden 1926 in Deutschland gebaut: 44 711 Wohnhäuser und 8637 Nebbauten. Die Zahlen für 1925 sind 41 889 bzw. 12 961. Eine bemerkenswerte Wandlung zeigt die Statistik für Neubauten. Dazu gehören Verwaltungsgebäude, Kirchen, Schulen, Gas- und Wasserwerke, Kanalisationen, Kanäle, Häfen, Brücken, Straßen Garagen usw. Die große Zahl von leerstehenden Fabriken, Werkstätten, Büros und zeitweise auch Läden, die zuletzt zur Herausnahme dieser Bauten aus der Zwangswirtschaft führte, hat die Zweckbauten eingebremst.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Im Osten kommt allmählich Hochdruck auf, doch besteht die Depression über Großbritannien weiter. Für Dienstag und Mittwoch ist mehrfach bedecktes, aber höchstens zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

*

SB. Herrenalb, M. Neuenbürg, 15. Jan. In der sog. Klostermühle beim Paradies, der Firma Gebr. Mayer gehörig, in der in den unteren Räumen die mech. Schreinerei von Friedrich Waidner und ein Hilfswerk des städt. Elektrizitätswerks sich befand, und das weiter von sechs Familien bewohnt ist, brach Mittwoch nacht Feuer aus, das in der mech. Schreinerei seinen Herd hatte. Durch die ungemein starke Rauchentwicklung im Treppenhaus wurden die Löscharbeiten sehr erschwert, so daß die Bedienung von Neuenbürg gerufen werden mußte. Der Wind begünstigte das Umflogreifen des Feuers, doch war bei der freistehenden Lage des Gebäudes besondere Gefahr für die Nachbargebäude nicht zu befürchten. Die Innenräume sind größtenteils ausgebrannt; die Bewohner konnten nur zu einem Teil das Mobiliar retten und sind nicht alle versichert. Leider ist ein Menschleben zu beklagen. Der Mitte der 40er Jahre stehende Fuhrmann Wilhelm Gräßle, der im Dachstuhl wohnte, wurde nach den Löscharbeiten im Gang tot aufgefunden; man sah ihn noch während des Brandes ins Haus einbringen, vermutlich, um etwas von seiner Habe zu retten, wobei er den Erstickungstod erlitt.

SB. Altensteig, 16. Jan. Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen teilte auf ein Gesuch des Stadtschultheißens mit, daß es ihr unmöglich sei, die zurzeit von der Stadt unterhaltene Lateinabteilung an der Realschule wieder als Teil der öffentlichen Schule zu übernehmen. Auch eine Übernahme der Schule als realistische akademische Hilfslehrstelle sei nicht möglich, da wegen der geringen Schülerzahl (mit Lateinabteilung 57) hiezu ein dringendes Bedürfnis nicht vorliege. Es bleibe demnach für die Stadt keine andere Möglichkeit, als die Lateinschule in der bisherigen privaten Form weiterhin zu unterhalten.

SB. Entringen M. Herrenberg, 16. Jan. Im Schönbusch wurde bei der sog. Futterbuche von zwei hiesigen Bürgern eine Frauensperson aufgegriffen, die sich im Wald herumtrieb. Da die Frau Spuren geistiger Störung aufwies, wurde sie mit auf das Rathaus genommen. Der Ortsvorsteher konnte nicht herausbringen, wer und woher die Frau ist. Es besteht der Verdacht, daß sie einer Anstalt entlaufen ist. Noch am selben Abend brachte sie der Polizeidiener nach Herrenberg.

SB. Sigmaringen, 16. Jan. Anlässlich der Einweihung des Rathauses erhob Fürst Wilhelm als erster Bürger und größter Steuerzahler der Stadt Anspruch auf Mitwirkung. Auf Betrei-

den des Regierungspräsidenten wurde ihm aber, wie der demokratische „Neue Albote“ in Ebingen berichtet, dieser Ehrenplatz nicht mehr eingeräumt. Fürst Wilhelm sagte daraufhin die Beteiligung ab und legte in Begleitung seiner sämtlichen Beamten und Bediensteten Vorberträge an dem Gebäudnis mal nieder. Dies geschah jedoch erst, nachdem die offizielle Feier beendet war und die Bevölkerung wurde jetzt erst aufmerksam, daß etwas vorgefallen sei. Die Konsequenzen dieser Vorgänge sind die, daß, wie aus guten Quellen durchgesichert ist, Fürst Wilhelm die Stadt und sein Schloß verläßt und nach München übersiedeln will.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefsurse.

100 holl. Gulden	168,66
100 franz. Franken	16,78
100 schweiz. Franken	81,29

Börsenbericht.

Die Börse lag am Wochenschluß weniger fest und die Kurse konnten ihren bisherigen Hochstand nicht voll behaupten.

SB. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 15. Januar.

Edeläpfel 18-30; Tafeläpfel 12-18; Spalierbirnen 20-30; Tafelbirnen 10-20; Ballnüsse 15-60; Kartoffeln 6-7; Endivienalat 10-20; Wirsing 6-9; Filderkraut 5-6; Weißkraut 5-6; Kohlrut 6-8; Blumentohl 30-100; Rosentohl 10-20; Rosenkohl 1 Pfund 25-30; Grünkohl 8-10; rote Rüben 5-8; gelbe Rüben 5-8; Zwiebeln 6-8; Rettiche 3-8; Sellerie 10 bis 30; Schwarzwurzel 30-35; Spinat 25-35; Mangold 8-10; Bodentohltraben 4-5.

Calwer Wochenmarkt.

Kartoffeln 6.50-7 M der Zentner, Karotten 10 S, Wirsing 15 S, Kohlrut 15 S, Rosenkohl 15-25 S, Winterkohl 25 S, Zwiebeln 12 S, Blumentohl 30-40 S, Kopfsalat ausl. 40 S, Topf 15-18 S, frische Eier 18 S, Italiener 16 S, Tafelbutter 2.10 M, Landbutter 1.50-1.60 M.

Viehpreise.

Balingen: Trächtige Kühe 460-650, Wurstkühe 220-340, Kalbinnen 480-720, Jungvieh 1/2-1/3 jährig 145-190, 3/4 bis 1 jährig 200-260, bis 1 1/2 jährige 280-390 M. — Spalieringen: 1/2 bis 1 jährige Rinder 170-320, 1- bis 1 1/2 jährige 200-380, trächtige Kalbinnen 500-650 M. — Sulz a. N.: 1/2 jährige Rinder 180-250, 1 jährige 250-350, Wurstkühe 180-250, trächtige Kühe 400-550, trächtige Kalbinnen 450 bis 600, Jungtiere 450-550, Ochsen 600-750 M. — Winnenden: Ochsen 744-804, Stiere 400, Kalbinnen 500-650, Jungrinder 250-400 M je das Stück.

Schweinepreise.

Baufelden: Milchschweine 22-33 M. — Calw: Läufer 35-70, Milchschweine 18-32 M. — Ereglingen: Milchschweine 20-30 M. — Gaildorf: Milchschweine 24-30 M. — Mengen: Milchschweine 20-30 M. — Munderkingen: Mutterchweine 170-210, Läufer 45-60, Milchschweine 24 bis 41 M. — Nürtingen: Läufer 50-71, Milchschweine 24 bis 35 M. — Schönmberg: Milchschweine 19-26 M. — Wurzach: Ferkel 23-30, Läufer 70 M das Stück.

Fruchtpreise.

Biberach: Weizen 13.80, Roggen 11.60, Gerste 12.40 bis 13.10, Haber 9-9.40 M. — Ebingen: Gerste 12.50-12.70 M. — Waldsee: Gerste 12.70, Haber 9.20 M. — Wangen i. U.: Gerste 12-13, Haber 10-11, Weizen 16 M der Zentner. — Winnenden: Weizen 14-14.50, Haber 8.80-9.10, Roggen 12-12.50, Gerste 12, Dinkel 10.50-12 M der Ztr.

Die höchsten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Calw, den 15. Januar 1927.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Mutter und Großmutter

Kathrine Reck Witwe
geb. Dürr

zur ewigen Ruhe eingehen durfte.

Die Hinterbliebenen.

Beerdigung Dienstag 2 Uhr vom Krankenhaus aus.

Hirsau, den 15. Januar 1927.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster und aufrichtiger Teilnahme, die wir von Nah und Fern bei dem so raschen Hinscheiden unseres treuebsorgten Vaters

Otto Sünder

erfahren durften, sagen auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Calw, den 17. Jan. 1927.

Dankagung.

Allen die meiner lieben Mutter

Marie Bullinger
geb. Eger

die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich auf diesem Wege innigen Dank.

Marie Guter, geb. Bullinger
mit Familie.

Inventur-Ausverkauf

Vom 17. bis 22. Januar gebe ich auf
Woll-, Wasch- und Seidestoffe
Manchester und Samt

10-20% Rabatt

Fr. K. Eberhard Ww.

beim städtischen Waghäusle.

Landwirt

sucht
Darlehen

von 1000 Mark auf 2 Jahre aufzunehmen gegen gute Sicherheit. Kann auch in kleineren Posten sein. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle ds. BL

Forstamt Liebenzell. Beigeholz- und Reißigverkauf.

Am Donnerstag, den 20. Januar 1927, nachmittags 4 Uhr, in Bad Liebenzell im Gasth. zur „Sonne“ kommen aus Staatswald Distrikt XVI Börd. u. Hint. Steinberg, Börd. Kohlbach, Distr. XIII Schwarzer Mann, Mittl. und Obr. Gfäll, Schloßberg und Hopf; 1 Km. Eichen-Kugel, 260 Km. Buchen-Brennholz und 32 Km. Nadelh.-Ausschuß im öffentlichen Auftrieb zum Verkauf.

Liebenzell.

Im Wege der
**Zwangs-
vollstreckung**
versteigere ich am **Mittwoch, den 18. ds. Mts.,** nachmittags 4 Uhr, gegenbare Bezahlung:

- 1 Zimmerbülsett zirka 1,80 Meter lang
 - 1 Schreibtisch zirka 1,20 Meter lang
 - 1 Kredenz 1 Meter lang, je dunkel eichen
 - 1 Waschkommode mit Marmorauflage und Spiegel
 - 1 runden Tisch
- Geriichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw Dngemach.

Württ. Forstamt Langenbrand Schwäbischholz- Verkauf.

Am Dienstag, den 25. Januar 1927 vormittags 10 Uhr in Unterreichenbach im Gasthaus zum „Ewigen“ aus Staatswald Heiligenwald, Reichenberg u. Steinlesberg rm: Et: 1 Klogh.; Bu: 15 Scheiter; 346 Klogh.; Uebg. Lbh.: 15 Klogh. u. 55 Nadelh.-Ausschuß. Losverzeichnis durch die Forstdirektion O. J. Stuttgart.

Wer gestattet geübt. Spieler stundenweise

Klavier-

oder
Flügelbenutzung
gegen angemessene Entschädigung? Angebote unter D. B. 12 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Alzenberg.
Guten zirka 10 1/2 Ztr. schweren

Zugtier

sowie ein zum zweitenmal trächtiges

Mutterschwein
und ein Paar kleinere
Läufer
fest d. Verkauf aus. Tausche eventl. auf Schlachtschwein. Joh. Rothacker.

Husten Sie?

Vorbeugungs-
u. Linderungs-
Mittel
empfiehlt

Ritterdrogerie
O. E. Kistowski,
Bahnhofstraße.

Guten süßen
Rahm

sowie gestandene
Milch

gibt ab
Wilh. Dingler,
Bahnhofstr.

Für ein kleineres Erholungsheim wird auf 1. Februar d. J. ein

tüchtiges Mädchen

gesucht, das gut bürgerlich kochen kann und nur die Küche zu versorgen hat. Näheres Erholungsheim Urach-Nürtingen in Bad Liebenzell.